NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 16.03.2026 | Evren Balta

Balanceakt

Der Iran-Krieg zwingt die Türkei in eine heikle Rolle – und setzt Wirtschaft, Sicherheit und regionale Ordnung unter Druck.

Seit Jahren stützt sich die türkische Außenpolitik weniger auf feste Bündnisse als vielmehr auf selektives Manövrieren: Sie hält Kanäle zu konkurrierenden Machtzentren offen, widersteht einer vollständigen strategischen Abhängigkeit und bewahrt sich in einer zersplitterten Region Handlungsspielräume. Doch der Krieg gegen den Iran stellt diesen Ansatz nicht nur auf die Probe, sondern drängt Ankara in eine weitaus beschränktere Position. Ankara ist weder Kriegführender noch Zuschauer, sondern in der unangenehmen Position eines Frontstaats, der es sich nicht leisten kann, Partei zu ergreifen, aber dennoch die Kosten eines Konflikts trägt, den er sich nicht ausgesucht hat und dem er sich nicht ohne Weiteres entziehen kann.

Die Kosten für die Wirtschaft, den Sicherheitssektor und die regionale Ordnung steigen. Für sich genommen mag jeder dieser Bereiche noch überschaubar sein. Zusammengenommen werfen sie jedoch die grundlegende Frage auf, ob die Türkei ihre vorsichtige Mittelposition in diesem Krieg wirklich halten kann.

Die Wirtschaft der Türkei war bereits vor dem Konflikt höchst anfällig. Jahre unorthodoxer Geldpolitik, zahlreicher Währungsabwertungen und hoher Inflation haben die private Kaufkraft und das Vertrauen der Unternehmen untergraben. Der Irankrieg hat die Wirtschaftskrise der Türkei nicht verursacht – er hat sie beschleunigt und vertieft.

Am deutlichsten wird dies im Energiesektor. Der Iran deckte in der Vergangenheit etwa 14 Prozent der türkischen Erdgasimporte – eine strukturelle Abhängigkeit, die durch kriegsbedingte Versorgungsunterbrechungen direkt zu Preisdruck geführt hat und inflationäre Tendenzen weiter anheizt, die ohnehin schon schwer einzudämmen sind. Transportkosten, industrielle Vorleistungen und Verbraucherpreise sind gleichermaßen betroffen.

Über den Energiesektor hinaus stellt der Krieg die Ambitionen der

Türkei infrage, sich als Transitknotenpunkt zwischen Zentralasien, dem Nahen Osten und Europa zu positionieren. Für türkische Planer ist regionale Stabilität nicht nur ein geopolitisches Ziel. Sie ist Teil des Wirtschaftsmodells selbst.

Zwar sehen einige in der Türkei die Chance, dass die Schwächung des Iran Fracht-, Energie- und Flugverkehrsströme auf türkisches Territorium umleiten könnte. Doch mögliche Gewinne daraus würden erst mittelfristig entstehen und wären voraussetzungsvoll. Kurzfristig jedoch bedeutet die Instabilität im Iran und im Irak ein geschwächtes Vertrauen bei Investoren und verzögerte Renditen aus Infrastrukturinvestitionen. Auch besteht das Risiko, dass ein zersplitterter Iran dieselben grenzüberschreitenden Probleme verursachen könnte wie einst Syrien: Flüchtlingsströme, illegale Netzwerke und eine weitreichende wirtschaftliche Krise entlang der Südflanke der Türkei.

Die sicherheitspolitischen Folgen des Irankriegs waren in der Türkei unmittelbar spürbar.

Die sicherheitspolitischen Folgen des Irankriegs waren in der Türkei unmittelbar spürbar. Die Behörden haben bestätigt, dass mindestens drei aus dem Iran stammende ballistische Raketen oder Marschflugkörper innerhalb der türkischen Grenzen eingeschlagen sind oder abgefangen wurden. NATO-Luftabwehrsysteme waren an der Abfangaktion beteiligt. Die iranische Regierung hat allerdings jede Verantwortung zurückgewiesen und die Vorfälle auf technische Fehlfunktionen oder Aktivitäten Dritter zurückgeführt.

Die Reaktion der türkischen Regierung war bemerkenswert zurückhaltend. Beamte bestätigten die Herkunft der Geschosse, vermieden jedoch bewusst Formulierungen, die die Krise verschärfen könnten. Entscheidend ist, dass Ankara nicht Artikel 5 des Nordatlantikvertrags aktiviert hat, obwohl die Vorfälle formal dafür infrage kämen. Diese Zurückhaltung ist eine bewusste strategische Entscheidung, damit die diplomatischen Kanäle offenbleiben und eine Eskalation vermieden wird, die die Türkei zwingen würde, sich auf die Seite eines Lagers zu schlagen.

Der Einsatz zusätzlicher Patriot-Raketenbatterien hat die politisch heikle Debatte über die türkische Luftverteidigungsarchitektur neu entfacht. Die Entscheidung von 2019, das russische S-400-System zu erwerben, und der folgende Ausschluss aus dem amerikanischen F-35-Programm haben Ankara von der vollständigen Interoperabilität im integrierten

Luftverteidigungsnetzwerk der NATO ausgeschlossen. Die aktuelle Krise hat diese Lücke mit ungewöhnlicher Deutlichkeit offenbart und das Thema wieder in die öffentliche Debatte gerückt.

Der wirtschaftliche und sicherheitspolitische Druck mag bedeutend sein, aber er ist möglicherweise nicht der Hauptgrund für die türkischen Sorgen. Im Zentrum der strategischen Überlegungen der Türkei steht die Frage, wie die regionale Nachkriegsordnung aussehen wird, nachdem der Iran umfassend geschwächt oder destabilisiert worden ist. Sie ist schwieriger zu beantworten.

Die türkische Strategie hat nie auf einer ideologischen Affinität zur Islamischen Republik basiert. Dennoch erfüllte der Iran im türkischen Kalkül zum regionalen Kräftegleichgewicht einen funktionalen Zweck. Er war ein Gegengewicht zum israelischen Einfluss und einer der wenigen verbliebenen Akteure, die eine multipolare regionale Architektur begründen konnten. Aus Ankaras Sicht hat der Konflikt letztlich dazu geführt, dass sich die regionale Vorherrschaft zu Israel hin verschiebt – eine Entwicklung, die die türkische Regierung mit erheblicher Sorge betrachtet.

Diese Besorgnis ist auch durch die israelische Rhetorik verstärkt worden. In einer Rede im Februar 2026 bezeichnete der ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett die Türkei als „den neuen Iran“ und warnte vor einer aufkommenden türkischen Bedrohung. Die Bedeutung solcher Formulierungen liegt weniger in ihrer analytischen Präzision als vielmehr darin, was sie Ankara signalisieren – nämlich dass Israel eine selbstbewusstere Türkei in einer post-iranischen regionalen Ordnung zunehmend als strategisches Problem ansehen könnte. Ob dies einer feststehenden Doktrin der israelischen Staatspolitik entspricht oder den schärferen Ton des Kriegsklimas widerspiegelt, ist umstritten. Die Auswirkungen auf die türkische Bedrohungswahrnehmung sind es nicht.

Der Irankrieg gefährdet die Verhandlungen der Türkei mit der PKK.

Der Krieg hat für die Türkei erhebliche Risiken mit sich gebracht. Die kurdische Dimension ist dabei die komplexeste. Vor dem Krieg hatte Ankara mit der PKK über deren Entwaffnung verhandelt, nachdem der inhaftierte Anführer Abdullah Öcalan die Organisation im Februar 2025 zur Entwaffnung und zur Auflösung aufgerufen hatte. Die PKK kündigte im Mai 2025 an, dem nachzukommen, was in der fast 50-jährigen Geschichte der Organisation den ernsthaftesten Versuch darstellte, einen Aufstand zu beenden, der Zehntausende

Menschenleben gefordert hat. Doch der Irankrieg setzt diesen Prozess unter Druck.

Die iranische Schwesterorganisation der PKK, die Partei für ein freies Leben in Kurdistan (PJAK), lehnte Öcalans Aufruf zur Entwaffnung ausdrücklich ab. Berichte deuteten darauf hin, dass die CIA erwog, kurdische Fraktionen im Iran zu bewaffnen, um Druck auf das Regime auszuüben. Washington dementierte zunächst. Dann ermutigte Präsident Trump die iranischen Kurden ebenfalls, zu den Waffen zu greifen, und bezeichnete dies als „wunderbar“. Doch innerhalb von 48 Stunden vollzog er einen Kurswechsel. Für Ankara wären die Konsequenzen der Reaktivierung bewaffneter kurdischer Akteure im gesamten Iran offensichtlich: Der Konflikt würde nicht auf den Iran beschränkt bleiben.

Die Türkei und der Iran haben die Kurdenfrage jahrzehntelang gemeinsam bewältigt. Nicht als Verbündete, sondern als zwei Staaten mit einem gemeinsamen Interesse daran, eine territoriale Konsolidierung der Kurden entlang ihrer gemeinsamen Grenze zu verhindern. Gemeinsame Operationen gegen die Infrastruktur der PJAK und der PKK, Mechanismen zum Austausch von Geheimdienstinformationen und koordinierte grenzüberschreitende Angriffe folgten der funktionalen Logik einer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Was Ankara nun fürchtet, ist nicht einfach die Schwächung eines Nachbarn. Es ist die Erosion einer regionalen Ordnung, in der die Kurdenfrage eingehegt war, wenn auch gewaltsam.

Der Iran nimmt in der strategischen Vorstellungswelt der Türkei einen anderen Platz ein, als ihn Syrien oder der Irak jemals hatten. Die türkisch-iranische Grenze, die 1639 formalisiert wurde, ist eine der ältesten stabilen Grenzen in der Region. Wenn türkische Regierungsvertreter auf der Souveränität und territorialen Integrität des Iran bestehen, ist das nicht nur ein diplomatisches Statement. Es ist auch eine historische Erinnerung an diese Ordnung und bringt eine strategische Angst vor dem zum Ausdruck, was folgen könnte, würde eine der wenigen beständigen staatlichen Strukturen der Region zu zerfallen beginnen.

Dies erklärt, warum die Türkei so vorsichtig auf den Krieg reagiert hat. Ankara versucht, mehrere Fronten gleichzeitig zu halten: den wirtschaftlichen Schock abzufedern, ohne die innenpolitische Instabilität zu verschärfen; die sicherheitspolitischen Folgen einzudämmen, ohne in eine direkte Konfrontation hineingezogen zu werden; eine neue Welle kurdischer Aufstände jenseits ihrer Grenzen zu verhindern; und sich einer regionalen Ordnung zu widersetzen, die entweder durch den

Zusammenbruch des Iran oder durch eine ungebremste Vorherrschaft Israels geprägt wäre.

Ob diese Positionierung der Türkei noch Spielraum lässt, die entstehende Ordnung mitzugestalten, oder ob sie sie stärker gefährdet, wenn sich diese Ordnung verfestigt, bleibt die zentrale Frage der türkischen Außenpolitik.



Evren Balta
Istanbul

Dr. Evren Balta ist Politikwissenschaftlerin, die am *Graduate Center* der *City University of New York* (CUNY) promoviert hat. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Sicherheit, innerstaatliche Konflikte, türkische Außenpolitik, Populismus und Staatsbürgerschaft im Kontext von Transnationalisierung.